

4. Die BRD ist bestrebt, durch eine Vielzahl von Kontakten und Beziehungen zur DDR unterhalb der Schwelle normaler völkerrechtlicher Beziehungen entsprechend den Kasseler 20 Punkten die Konzeption der DDR zu unterlaufen und zu durchkreuzen sowie die Grenzen "durchlässig" zu machen.
5. Die BRD behauptet in der letzten Zeit in verstärktem Maße, die "Rechte und Verantwortlichkeiten der 4 Mächte für Deutschland als Ganzes" ständen der Entwicklung völkerrechtlicher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und ihrer Aufnahme in die UNO entgegen.
6. Die BRD bemüht sich, durch Ausbau der Kontakte zu anderen sozialistischen Staaten in Europa einen Druck auf die DDR zu erzeugen, damit die DDR - auf lange Sicht berechnet - gezwungen werde, den Bonner Forderungen nach Gestaltung besonderer Beziehungen BRD - DDR nachzugeben. Das heißt: Die Ostpolitik Bonns soll immer stärker ein Mittel zur Durchsetzung der Bonner Forderungen gegenüber der DDR werden.

Die Absicht der Regierung der BRD besteht unverkennbar darin, die Position des Sozialismus in der DDR zu erschüttern und für die Ausführung dieses Vorhabens möglichst günstige Bedingungen zu schaffen. Alle Möglichkeiten für eine langfristige Veränderung der Machtverhältnisse in der DDR sollen ausgeschöpft werden.

Kopie BStU
AR 7

Es geht der BRD und ihrer Regierung - wie wir wissen - um eine "innere Auflockerung" in der DDR als einer wesentlichen Voraussetzung für die Erreichung ihrer auf lange Sicht angelegten Ziele.